

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Reichs- und Verbands-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Reichs-Vorstand)
Berlin N.O., Greifswalder Straße 22/23.

Anzeigen pro Zeile:

Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4728.

Nr. 21/22.

Berlin, Samstag, 31. Mai 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Willkommen zum Verbandstage! — 13. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands. — Sozialpolitik und Gewerkschaften. — Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Friedensbedingungen. — Allgemeine Rundschau. — Kammlinger Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Willkommen zum Verbandstage!

In bitterer, schwerer Zeit tritt dieses Mal unser Verbandstag zusammen. Zwar der mörderische Weltkrieg hat ausgebrochen, aber das Maß des Unglücks, das dem deutschen Volke befohlen wurde, ist noch nicht geleert. Das Schlimmste steht uns erst noch bevor, wenn das, was man uns als Friedensbedingungen angeboten hat, sich erweist hat, aufrechterhalten wird. Deshalb dürfen und werden wir den Mut nicht sinken lassen. Die Deutschen Gewerkevereine haben in den 50 Jahren ihres Bestehens manchen Sturm erlebt; sie haben trotzdem nicht verzagt, und sie werden das Vaterland und die Arbeiterklasse gerade in ihrer größten Not auch nicht im Stich lassen. Jetzt heißt es erst recht alle Kräfte zusammenfassen, und die Arbeiten, die unser Verbandstag zu bewältigen hat, müssen auch von dem Gesichtswinkel aus in Angriff genommen werden, daß die Beschlüsse unsere Gesamtorganisation in den Stand setzen, neben den eigenen Interessen das Wohl der Gesamtheit zu fördern und unserem Volke eine bessere Zukunft anzubahnen.

Auf die Tagesordnung im einzelnen einzugehen erübrigt sich für heute, nachdem wir sie in voriger Nummer einer Besprechung unterzogen haben. Nur auf einen Punkt sei hier noch besonders hingewiesen. Mit der Dauer des Krieges und dem Fortschreiten der inneren Umwälzungen ist die Arbeitslast der Verbandsleitung ins Ungeheure gewachsen. Selbst bei freundschaftlicher Beziehung des Verbandsbüros wäre sie nur schwer zu bewältigen, auch ohne Inanspruchnahme des Amtsbüros. Nun kommt hinzu, daß unser Verbandsvorsitzender Kollege Hartmann sein Amt für unsere Organisation nur noch in bescheidenem Maße ausüben kann. Er ist, einem lang gehegten Wunsch der Gewerkevereine entsprechend, Mitglied der deutschen Nationalversammlung geworden, gleichzeitig aber auch Beirat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Das nimmt die Kraft eines auch noch so fähigen und arbeitsfreudigen Mannes voll in Anspruch. Trotzdem hat sich Kollege Hartmann, soweit es ihm möglich war, uns zur Verfügung gestellt. Seine volle Arbeitskraft aber, auf die die Verbandsleitung gerade in dieser schweren Zeit angewiesen war und die sie für die Zukunft ebenfalls dringend gebrauchen konnte, vermag er den Verbandsgeschäften nicht zu widmen. Sollen diese auf die Dauer nicht leiden, so muß hier ein Ausweg gefunden werden. Kollege Hartmann muß unter Verbandsvorsitzender bleiben, schon damit uns die enge Verbindung mit dem Reichsparlament und den Behörden erhalten wird. Gerade in dieser engen Verbindung liegt sowohl für unsere Organisation wie für Hartmanns Stellung der besondere Wert. In den geschäftlichen Ausblicken aber muß eine neue Kraft einströmen, die einen Teil der Arbeiten mit erledigen muß. Wegen der zunehmenden Verteilung derselben wird sich unweigerlich eine Verbandsleitung herbeiführen lassen. So wie es jetzt ist, kann es jedenfalls nicht bleiben. Das werden die Verbandsvorsitzenden selbst erkennen und — nach ihre Maßnahmen treffen.

Die auf allen früheren Verbandstagen werden — als diesmal Reimungsverhandlungen galt

treten. Wie konnte das in einer viertausendköpfigen Gemeinschaft auch anders sein! Rander Bunsch wird unerfüllt bleiben. Aber volle Einigkeit wird trotzdem bestehen in dem Streben, das Beste für unsere Organisation zu schaffen, ihre Grundlagen neu zu festigen und sie widerstandsfähig zu machen gegen all die Stürme, die in der Zukunft mit verstärkter Gewalt uns umtoben werden. Wenn wir uns beizeiten darauf gefaßt machen und vorbeugend die erforderlichen Siderheitsmaßnahmen treffen, werden wir auch die unberechenbarsten Schwierigkeiten, die uns drohen, überwinden.

Aber nicht nur an die Organisation dürfen wir denken, sondern wir müssen auch darauf sinnen, was wir dazu beitragen können, die schwere Not zu lindern, die unserm ganzen deutschen Volke aufgebürdet wird. Getreu unserer Grundgesetze, werden wir wie in der Kriegszeit auch künftighin unsere Dienste und Kräfte der Gesamtheit zur Verfügung stellen, um Schulter an Schulter mit den übrigen Volksgenossen zu verharren, Unheil abzuwenden, Gutem die Bahn zu ebnen.

Kein Kollege, der als Abgeordneter zum Verbandstage kommt, ist sich im Unklaren über die Wichtigkeit der Beschlüsse, die es zu fassen gilt, jeder wird sich auch bewußt sein, daß das Maß der Verantwortung, die er zu tragen hat, ganz besonders groß ist. Sonderwünsche müssen da unter allen Umständen zurückgestellt, nur das Interesse der Gesamtheit darf ins Auge gefaßt werden. Erleichtert freilich wird die Arbeit durch das Bewußtsein, daß sie einer wirklich guten Sache dienen soll, einer Bewegung, deren Grundgedanke sich trotz bestiger Anfeindungen von links und rechts doch mehr und mehr durchzusetzen haben, mögen es ihre Widersacher auch betreiten. Eine der größten Kulturkatastrophen der Gegenwart, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, ist die beste Anerkennung der Gewerkevereinsgrundzüge. In ihr finden wir im Wesentlichen das erreicht, worauf unser Streben seit Bestehen unserer Organisation gerichtet war.

Deshalb unbereit vorwärts auf der einmal beschrittenen Bahn, auf der unser Verbandstag ein neuer Karren sein werden möge! Die Richtlinien dafür müssen die Abgeordneten finden. Es wird ihnen gelingen, wenn sie, getragen von der Ueberzeugung, im Dienste einer guten Sache zu stehen, und befeuert von dem Willen, ihre Werbe- und Anziehungskraft zu stärken, ihre Entscheidungen treffen. Unsere Kollegen draußen im Lande wissen schon, wenn sie ihr Vertrauen schenken dürfen, deshalb hoffen wir zuversichtlich, daß auch diesmal der Verbandstag die hohen Erwartungen im vollsten Maße rechtfertigen wird, die an ihn gestellt werden müssen. In dieser Stimmung begrüßen wir die Kollegen, die aus allen Teilen unseres Vaterlandes zu Pfingsten im Berliner Verbandssaal zusammen kommen, und rufen ihnen entgegen:

Selbst willkommen!

13. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands.

Angesichts mit der Generalversammlung des Gewerkevereins fand die der Kranken- und Beurlaubtenliste statt. Die am 11. Mai, vorm. 10^{1/2} Uhr, durch den Vorsitzenden Kol. Rosy mit Worten der Begrüßung eröffnet wurde. Anwesend waren

19 Mitglieder mit 30 Stimmen. Zur Leitung der Versammlung wurden gewählt die Kollegen Rosy und Koch als Vorsitzende und der Kollege Runkel als Schriftführer. Als Vertreter des Zentralrats nahm der Verbandsleiter Kollege Klein an den Verhandlungen teil.

Aus dem durch den Hauptkassierer vorgebrachten interessanten Geschäfts- und Kassenbericht war zu ersehen, daß die Mitgliederzahl infolge der Einziehung zum Decretum stark gesunken ist. An die Kasse selbst wurden große Anforderungen gestellt, die mit den Einnahmen nicht im Einklang standen. Trotz der gebotenen Opfer wurde eine Beitragsrückbildung nicht gefordert. Krankheitsfälle wurden gemeldet 414 mit 18 686 Krankentagen, wofür 23 515,48 Mark gezahlt wurden. Die Einnahme an Beiträgen belief sich auf 24 210,06 Mark. Die Verwaltungskosten konnten also bei weitem nicht gedeckt werden.

Nach unangeführter getasteten sich die Verhältnisse in der Rekrutierungskasse. An Beiträgen wurden 3182,86 Mark vereinnahmt, dagegen an Beitragsrückbildung 5460 Mark verausgabt. Das Kassenvermögen betrug am Ende des Jahres 1918 43 175,81 Mark. Die durchschnittliche Jahresausgabe der letzten 5 Jahre betrug 14 159,77 Mark. Dennoch ist der Rezerdefonds noch in dreifacher Höhe vorhanden. Von einer Erhöhung der Beiträge wurde deshalb Abstand genommen in der Erwartung, daß die Reinerhebung von Mitgliedern mit aller Kraft betrieben wird.

Nach eingehender Diskussion wurde die von dem Hauptrevisor, der die Kassen- und Geschäftsbücherei nach jeder Richtung hin als einwandfrei besichtigt hatte, beantragte Entlastung einstimmig erteilt.

Bei der Beratung der Wahlfrage wurde die Aufnahme weiblicher Personen in die Krankenkasse abgelehnt. Die ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme neuer Mitglieder sowie die ärztliche Untersuchung bei Aufnahme der Mitglieder kommt in Fortfall. Im letzteren Falle muß der Krankenschein einer andern Kasse vorgelegt werden.

In Zukunft werden wieder Abgeordnete für die Generalversammlung, und zwar 15 an der Zahl, in Bezirken gewählt.

In den Hauptvorstand wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen F. Gubel und B. Koch-Berlin, als Hauptkassierer der Kollege G. L. Bergmann.

Am andern Tage fand die Generalversammlung des Gewerkevereins statt, auf der 12 Abgeordnete anwesend waren. Entschuldig fehlten die Abgeordneten aus Jittau, Wornau-Görzheim und Rucklow. Zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt die Kollegen R. Müller-Berlin und Verbig-Weipzig als Vorsitzende, Kollege Rosy als Schriftführer.

Der Hauptkassierer Kollege Bergmann erstattete hierauf einen umfangreichen Tätigkeitsbericht, der insbesondere die Lohn- und Tariffragen im Malergewerbe behandelte, wobei besondere Vorteile für die Angehörigen des Malerberufs zu verzeichnen sind.

Für die Vertretung der Berufarbeiter hatte die Hauptleitung in dem Kollegen Thamm-Schmitt den richtigen Mann gefunden, der nach dem die Interessen der Mitglieder vertreten hat. Mit gleichem Interesse hat der Kollege Schöbel in Düsseldorf an dem Abschluß des Tarifvertrages der Buchbinder und der Kollegen Götter-Galle als Vertreter des Gewerkevereins bei den Verhandlungen des Tarifamts für Buchbinder in Berlin gewirkt. Auch an der Kreisbeschäftigtenfürsorge, Niederbienenfürsorge, Rheingemütsheimern etc. ist an vielen Orten roge Teilnahme zu verzeichnen.

Das Andenken der verstorbenen Kollegen, insbesondere auch des langjährigen Verbandsoberleitenden C. Goldschmidt wurde durch Erheben von den Blasen geehrt. Auch der 4. Kollege, die während des Krieges ihr Leben für das Vaterland lassen mußten, wurde in gleicher Weise gedacht.

Die Werbektätigkeit war nicht erfolgreich, da das Material bis zum heutigen Tage durch Mangel an Material und Aufträgen schwer darmeidet. Viele Kaler haben während der Kriegszeit in anderen Berufen (Munitionsfabrikanten) Beschäftigung finden müssen und sind dadurch auch vielfach gezwungen worden, andere Tätigkeiten betreiben. Aufgabe für die Zukunft wird es sein, diese wieder für unsern Gewerksverein zu gewinnen.

Der sich hieran anschließende Massenbericht ergab, daß alle dem Gewerksverein obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden konnten. Trotz aller Schwierigkeiten und Verluste an Mitgliedern ist ein Vermögenszuwachs von rund 3000 M. zu verzeichnen.

Über den Tätigkeits- und Massenbericht fanden eingehende Aussprachen statt, in denen auch die zukünftige Gestaltung des Gewerksvereins erörtert wurde. Dem Kollegen Peremann wurde Dank für seine Tätigkeit und Entlastung ausgesprochen. Solange Entschädigung wurde einstimmig angetragen.

Den Verhältnissen der neuen Zeit Rechnung tragend, wird der Gewerksverein der Kaler, Lederer, Antreiber und garbischen Weisp (S. 2.) auch weiter eine religiös und völkisch-neutrale Haltung einnehmen. In die Arbeit von Wort und Schrift zu fassen, so ferneres völkisches Maßnahmen mehr beachtet wird, ist es jedoch wünschenswert, daß in den Bestimmungen keine in der Arzenei Kunst mehr als bisher wirtschaftspolitische, sozialpolitische sowie allgemeine politische Forderungen, die mit den gewerkschaftlichen Forderungen in Verbindung stehen, eingebracht werden; doch darf dieses nicht zum Zweck der Agitation für irgend eine politische Parteiung geschehen.

Sozialpolitische Forderungen, namentlich kommunalpolitische Forderungen und Ausstellungen sollen, wo Zeit und Umstände es gestatten, mit allen Mitteln angestrebt werden, um die Mitglieder in allen Fragen des öffentlichen Lebens anzuklären und so zu gesellerten Mitarbeiter der Gewerksvereinsarbeit heranzubilden.

Um den größeren Anforderungen gerecht zu werden wurde ein Einheitsbeitrag von 60 Pf. pro Woche beschlossen. In bisherigen Mitteilungen des Gewerksvereins form auf Antrag gestattete werden einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zu zahlen. Demzufolge werden dann auch geringere Unterhaltungen abgelehnt.

Die Unterhaltung der Arbeitslosigkeit soll nach der bisherigen Föhen von vierden Tage ab abgelehnt werden. Bei Streiks oder Ausübung wird abgelehnt:

- nach Wöchentlichem Mitgliedschaft 16 M.
 - an Lodge 13 M.
 - nach Wöchentlichem Mitgliedschaft 20 M.
 - an Lodge 17 M.
 - Jur jedes sind 1 M. extra.
- Zur besseren Durchführung der Agitation sollen Bezirksleiter angestellt werden. Das Gehalt des wöchentlichen Beirats wurde der Festzeit entsprechend abgelehnt.

Hierauf wurde zur Wahl der Vertreter für die einzelnen Vorberichtsstellen geschritten. Für den Zentralrat wurde der Kollege Peremann, als Stellvertreter Kollege H. Müller gewählt. Verbandsratsabgeordneter Kollege H. Müller, als Stellvertreter Kollege Peremann. Am Vorabend für den Gewerksverein wurden gewählt der Kollege H. Müller und Gohl, als Hauptkassierer und Geschäftsführer C. V. Peremann und Kollege Hauptkassierer.

Die nächste Generalversammlung soll Ostern 1922 in Berlin abgehalten werden. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft.

Nachdem noch die Kollegen Klein und Müller Anträge und Worte der Begrüßung zur fröhen Durchführung der gesagten Beschlüsse an die Delegierten gerichtet hatten, wurde mit fröhlicher Anerkennung auch auf den Gewerksverein die Generalversammlung um 7 Uhr abends geschlossen.

R. R.

Sozialpolitik und Gewaltfrieden.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hat es mit sich gebracht, daß im Friedensvertrage auch die internationale Regelung des Arbeiterrechts erwartet werden mußte. Ein Völkerverbund, wie man ihn sich allgemein vorstelle, ohne solche Vereinbarungen hätte einen Fehler ohne Rest begangen. Es lag auch nahe, daß Deutschland, das in bezug auf Sozialpolitik, trotz mancher Mängel, allen andern Ländern weit voraus war, mit praktischen Vorschlägen hervortrat. Das ist geschehen. Wir haben einen Entwurf unserer Reichsregierung

für ein internationales Arbeitsrecht veröffentlichten können, der sich auf die Bedürfnisse internationaler Gewerkschaftsorganisationen stützte und eine breite, durchaus brauchbare Grundlage für den beabsichtigten Zweck hätte bilden können.

Leider haben die deutschen Vorkläger bei den Staatsmännern der Entente keine Gnade gefunden. In ihrem Friedensvorschlag waren ebenfalls Bestimmungen über eine Regelung der Arbeitsverhältnisse enthalten, die aber nicht entfernt an die Forderungen des deutschen Entwurfs herantreten. Es ist deshalb wohl zu verstehen, daß von deutscher Seite gefordert wurde, eine Konferenz von Arbeitervertretern nach Versailles einzuberufen - zur Beratung eines Arbeitsrechtsprogramms. In dieser Forderung war die deutsche Friedensdelegation nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, weil die im feindlichen Vertragsentwurf enthaltenen Bestimmungen selbst weit hinter dem zurückblieben, was in Deutschland bereits verwirklicht ist. Die Einberufung der gewünschten Konferenz wurde indessen nicht für nötig erachtet. Der wahre Grund liegt natürlich in erster Linie darin, daß man unter allen Umständen verhindern wollte, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder Gelegenheit hätten, sich über den Friedensvertrag überhaupt auszusprechen. Aber Clemenceau freilich begründet die Ablehnung damit, daß die Lösung der Arbeiterfrage leichter zu finden wäre, wenn das Gemüt der Menschen von dem Druck der Angst vor dem Kriege und die Industrie von der Last der ihr vom deutschen Militarismus auferlegten Auflagen befreit sein würde. Deshalb sollte im Oktober eine Weltarbeiterkonferenz nach Washington einberufen werden, auf der auch Deutschland sich vertreten lassen könne, wenn es bis dahin in den Völkerverbund aufgenommen sei. Was dabei für die Arbeiter von allem andern abzuweichen herauskommen kann, zeigt schon die Art der Zusammenfassung dieser sogenannten Washingtoner Konferenz auf der die Vertretung der Arbeiter nur ein Viertel ausmachen soll. Zu Grunde gelegt werden den Beratungen natürlich die Vorkläger der Entente, die im wesentlichen folgende bringen: Die Heiligung eines Minimalarbeitsgesetzes und einer Minimalarbeitsweise, Befestigung der Arbeitslosigkeit, angemessene Löhne, Minder- und Frauenlohn, Arbeitervereinerneuerung, Schutz der Interessen der im Anstande befindlichen Arbeiter, Koalitionsstreik, Organisation der Arbeiterbewegung.

Ein ganz nettes Programm, aber doch voller Mängel. Um nur einige in den Vordergrund zu stellen: Wo ist die soziale Verteidigung, die Zusammenarbeit, die Arbeitslosigkeit, die Arbeitsvermittlung u. a. m.? Was aber kann ferner bei der Washingtoner Konferenz herauskommen, an der, abgesehen von der ungenügenden Vertretung der Arbeiter selbst, Staaten mitwirken werden, in denen von einem Arbeiterstand überhaupt noch nicht die Rede sein kann, wo die Arbeiter in halber oder völliger Sklaverei frohden müssen! Freilich vertröste die Rose der Weaner auf die Zukunft. Die ungeschickten Grundzüge für ein internationales Arbeitsrecht seien nicht als abschließend anzusehen, sondern der Entschlossenheit durch die internationale Organisation fähig. Für uns deutsche Arbeiter sind das trübe Ausblicke. Denn nicht mit Unrecht wird von weiserer Seite betont, daß die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen, miteinander im Wettbewerb stehenden Ländern in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stehen, und daß es daher unmöglich ist, in einem Lande soziale Fortschritte durchzusetzen und aufrechtzuerhalten, wenn die konkurrierenden Länder zurückbleiben. Deutschland hat sich trotzdem nicht aufhalten lassen und ist allen erdenn Nationen voranmarschiert.

Das wird jetzt ein Ende haben. Bei der furttakbaren Erörterung der Bandenmöglichkeit, die einer Unterdrückung sehr nahe kommen, werden wir uns diesen Ehrgeiz für die Zukunft nicht mehr leisten können. An dieser fröhlichen Gewißheit ändert auch der in den Friedensbestimmungen aufgestellte Grundgedanke nichts, daß in keinem Falle von einem der Mitglieder infolge der Annahme eines Vorklägers oder des Entwurfs einer Vereinbarung durch die Arbeitslosen gefordert werden kann, den schon durch seine Gesetzgebung den betreffenden Arbeitern gewährten Schutz zu vermindern. Das bedeutet doch nur, daß wenn alles beim Alten bliebe, wir auf dem jetzigen Standpunkt der Sozialpolitik beharren dürften: irgend ein Vorteil für uns spränge nicht heraus. Aber es ist leider zu befürchten, daß wir erheblich zurückgehen werden. Wir werden die Arbeitsbedingungen den in andern Ländern ähnlich gestalten müssen, und damit wird der deutsche Arbeiter in erster Linie der Leidtragende bei diesem Friedensvorkläger sein.

Aber noch von einem andern Gesichtspunkte aus! Werden die Friedensbedingungen zur Tatsache, dann verlieren wir mehr als den dritten Teil unserer Erzgruben, den weitaus größten Teil unserer Erzgruben, weite Kalilager; unsere blühende deutsche Industrie, unsere Maschinenindustrie werden zum Nichts verurteilt, viele Millionen von Arbeitern zur Brotlosigkeit verdammt. Und diese ungeheure Notlage wird wiederum von einem weiteren Druck auf die Arbeitsbedingungen ausüben, so daß sich das drohende Elend in seiner ganzen furttakbaren Größe noch gar nicht erweisen läßt.

Tabe: auf unsere sozialen Einrichtungen sich verlasten, tiefe den Geist der Lage verkennen. Das stolze Gebäude der deutschen Sozialversicherung dürfte bald in einen Trümmerhaufen zusammenstürzen. An sich wären dürfte es schwer halten, die Beiträge dafür in der bisherigen Höhe auch ferner anzubringen. Dabei werden die Kosten der Versicherung steigen. Die Krankenkassen könnten ohnehin schon nur unter den größten Schwierigkeiten den an sie gestellten Anforderungen genügen. Zur Auf, die durch die Kriegswirkungen bedingten Mehraufwendungen ihnen zurückzuführen, dürfte kaum noch Aussicht auf Erfolg haben. Dabei werden sich die Löhne noch vermehren durch die Rückwirkungen der im Kriege erworbenen Krankheiten und die Unterernährung, die aller Wahrscheinlichkeit zu einer dauernden Erblindung werden wird. Nebenbei liegt es bei der Sozialversicherung, bei der schließlich ein Reichsbeitrag gewährt wird. Und wo sollen die Kosten für die Unfallversicherung herkommen, wenn die Betriebe stillstehen? Und wenn man sich auch dem Schlamm nicht verziehen will, wenn das Reich nicht mehr in der Lage ist, von den Versicherungen nachzukommen, wenn es zahlungsunfähig wird und die Kriegsanleihen nicht einlösen kann? Dann werden diese wertlose Kapitalgüter. Die Milliarden, die von den Versicherungsnehmern für diese Zwecke gewammelt worden sind, sind dahin und bringen nicht einmal Jinsen. Das bedeutet den Zusammenbruch nicht nur der bestehenden Einrichtungen, sondern auch aller Bestimmungen, die auf einen weiteren Ausbau gesetzt wurden.

Der Gedanke, wir malten zu schwarz, wäre eine arge Selbsttäuschung, die durch die rauhe Wirklichkeit bald als solche sich erweisen würde. Nein, wie wir unser Lage auch betrachten, von welchem Gesichtspunkte wir sie auch im Auge fassen, wir tun gut daran, uns auf das Schlimmste gefaßt zu machen. Die deutsche Sozialpolitik ist an einem Wendepunkte angelangt, an dem sie halt machen muß. Das ist uns einpfindlicher als die deutsche Arbeiterklasse, als sie auch unter den wirtschaftspolitischen Wirkungen der Friedensbedingungen am meisten zu leiden haben wird. Eines, allerdings sehr bitteren Trost wird sie freilich dabei haben. Auch in den andern Ländern werden die verhängnisvollen Wirkungen nicht ausbleiben. In der ganzen Welt wird eine Verdrückung der Arbeitsbedingungen als Wechselwirkung eintreten, und die Arbeiter in den feindlichen Ländern, die jetzt ruhig sind oder doch nur in ganz unbedeutenden Löhnen gegen die uns anabotenen Friedensbedingungen Protest erheben, werden vielfach zu spät am eigenen Leibe verspüren, wie tödlich sie waren, dem internationalen Streben des Kapitalismus in ihren Ländern nicht genügend Widerstand entgegenzusetzen zu haben.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die Verhandlungen gehen noch weiter. Am 22. Mai hat die deutsche Friedensdelegation eine neue Note an Herrn Clemenceau abgelehnt, die in ihren Hauptteilen folgenden Wortlaut hat:

Die deutsche Delegation stellt fest, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit der deutschen Volksregierung darin einig sind, daß der innere Friede und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfrage abhängt. Die deutsche Delegation ist mit den alliierten und assoziierten Regierungen über die Mittel zur Lösung dieser Frage nicht einig. Um Mißverständnisse und falsche Auffassungen zu vermeiden, hält es die deutsche Delegation für notwendig, die grundsätzlichen Voraussetzungen ihrer Note vom 10. Mai 1919 näher zu erläutern. Nach der Auffassung der deutschen Volksregierung haben in Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeitsrechtes das entscheidende Wort die Arbeiter selbst zu sprechen. Es wäre die Pflicht der deutschen Delegation, den deutschen Vertretern der Arbeiterklasse aller Länder noch während der Friedensverhandlungen Gelegenheit zu geben, diese Entscheidung zu treffen und eine Lebensversicherung zwischen dem Entwurf der Friedensbedingungen, dem Vorkläger der deutschen Volksregierung und den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern vom 5. bis 9. Februar 1919 herbeizuführen. Entgegen diesem Vorkläger erachten es die alliierten und assoziierten Regierungen nicht für nötig zu

Ämtlicher Teil.

Liste der Abgeordneten zum 20. ordentlichen Verbandstage.

1. Gewerbeverein der Metallarbeiter:

- W. Gleichauf-Berlin
- S. Körner-Berlin
- A. Strubell-Berlin
- A. Gieseler-Berlin
- G. Köppen-Tangis
- A. Dirichel-Breslau
- A. Zahn-Biskupis
- C. Conrad-Gallen
- S. Jordan-Berlin
- D. Rühner-Magdeburg
- H. Pühning-Schwerte
- A. Balg-Lortmund
- S. Horn-Berlin
- A. Klob-Menden
- E. Alieborn-Siegen
- S. Lommertin-Oberhausen
- G. Martin-Breslau
- W. Eberatz-Duisburg
- E. Reubaus-Dinslaken
- R. Mertens-Glin
- R. Faruell-Waldhof-Rannheim.

2. Gewerbeverein der Fabrik- und Fabrikarbeiter:

- S. Raab-Berlin
- G. Graf-Berlin
- F. Willems-Banne
- S. Schmidt-Banne
- A. Schod-Baldenburg
- R. Pauli-Bitterfeld
- T. Centmeyer-Augsburg

3. Gewerbeverein der Textilarbeiter:

- A. Reich-Spreenberg
- A. Reif-Geminnig

4. Gewerbeverein der Holzarbeiter:

- R. Schumacher-Berlin
- R. Barnholt-Ulm.

5. Gewerbeverein der Schuhmacher und Lederarb.:

- B. Sturm-Berlin
- S. Wiesner-Siegen.

6. Gewerbeverein der Schneider:

- B. Krüger-Berlin
- E. Rohse-Stettin.

7. Gewerbeverein der Frauen und Mädchen:

- Marg. Silbermann-Berlin.

8. Gewerbeverein der Tabakarbeiter:

- N. Stephan-Heidelberg.

9. Gewerbeverein der Töpfer:

- F. Reppier-Bitterfeld.

10. Gewerbeverein der Eisenbahner:

- Noch nicht genannt.

11. Gewerbeverein der Maler:

- A. Müller-Berlin.

12. Gewerbeverein der Bauhandwerker:

- A. Müng-Magdeburg.

13. Gewerbeverein der Gemeinbedienten:

- E. Matzka-Berlin-Schöneberg.

14. Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren:

- F. Raping-Berlin.

15. Gewerbeverein der Bildhauer:

- A. Fehlow-Berlin.

16. Selbständige Ortsvereine der Brauer:

- Noch nicht genannt.

17. Arbeiterverein Hamburg:

- L. Burmeister-Hamburg.

Verbandsreferenten:

- Z. Westendorff-Berlin.

Literatur.

Ungedruckte Bücher und Broschüren

Lehrprogramme für Berlin als Mittel zur Lösung des Schloßschloßens. Von Dr. Julius Schenker, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Verlag von Paul Lehmann, Hofbuchverlag, Charlottenburg.

Die Dreimastfahle. Drama in vier Aufzügen von Paul Ibsen. 6000 von Neumanns Universal-Bibliothek. Preis einsechzig, Teuerungszuschlag 50 Pf. Text für alle — Text für alle. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinenbau usw. Jahrgang 1918/19, S. 9/10. Halbjährlich M. 3.00. Französischer Verlagshaus, Stuttgart.

Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Von Dr. Franz Oppenheimer, Professor an der Universität Frankfurt a. M. 7-6. Tafelband. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis 3 M.

Anzeigen-Teil.

Begrüßungsfeier

zu Ehren der Abgeordneten des 20. Verbandstages am 2. Pfingstfesttag, Montag, den 9. Juni 1919 in sämtlichen Räumen des Verbandshauses der Deutschen Gewerkschaften, Berlin N.O. 55, Greifswaldstr. 221/23.

Redebeiträge — Gesangsbeiträge — Tanz.
Die Gesangsbeiträge hat die Gewerkschaftsliederfest freudlich übernommen. Zu dieser Begrüßungsfeier laden wir alle Verbandsangehörigen nebst Familienangehörigen herzlich ein und rechnen auf recht zahlreiche Beteiligung.

Soziale Kommission
der Gewerkschaften Groß-Berlins.
J. K. J. Neufeldt.

Kollegen,

welche während des Krieges bei der Firma Böhler in Jena beschäftigt waren und ihre Lohnnachzahlung noch nicht abgehoben haben, werden aufgefordert, dies sofort zu tun. Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, die Kollegen und Angehörigen davon in Kenntnis zu setzen.

Handwerker

altgediente Soldaten des Jahrgangs 96

oder älter

stellt ein



Eiserne Eskadron

Garde-Kavallerie-Schützen-Division
Reichswehr

Uebliche Bedingungen.

Bei schriftlicher Meldung Militärpapiere ein-senden, worauf Fahrtausweis zugesandt wird.

Meldestelle:

Berlin-Charlottenburg
Kurfürstendamm 229.

Handwerker

stellt zu den für die Reichswehr
festgesetzten Bedingungen ein

Reichswehrbrigade 4

(Landeschützenkorps)

Korpswerbestelle:

Berlin, Bayreutherstrasse 26,

Ecke Angerburgerstrasse

(nahe Untergrundbahnhof Wittenbergplatz).

der Absicht beruht, Verionen, die infolge des Krieges unerschuldeter ganz oder teilweise erwerbslos geworden sind, vor Not zu schützen. Aus dieser Erwägung ist zu folgern, daß vorübergehende Erwerbslosigkeit infolge des auf freier eigener Entscheidung der Arbeiterchaft beruhenden Streiks nicht unter die Bestimmung fällt, wonach Unterstützung auch dann zu gewähren ist, wenn in einer Kollendermode Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeits-stätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeits-stunden nicht erreichen. Dies gilt ausdrücklich nur für die Einstellung oder Beschränkung der Arbeit als Kriegsolage. Infolgedessen können die Kosten des Lohnaus-falles für Streikstage auf die Erwerbslosenunterstützung nicht über-nommen werden. Nur wenn ein Betrieb bei dem selbst ein Streik nicht besteht, wegen Kohlenmangels infolge Bergarbeiterstreiks vor-übergehend zur Arbeitseinstellung oder -einschränkung gezwungen ist, kann den Arbeitnehmern des Betriebes Erwerbslosenunterstützung gewährt werden.

Eine Postkarte Wilsons an den Kongress. Am 20. Mai hat der Präsident der Vereinigten Staaten aus Paris an den Kongress in Washington eine Postkarte gerichtet, die u. a. folgende beachtenswerte Sätze enthält:

Die Frage, die in allen Ländern am wichtigsten ist, ist die Arbeiterfrage. Wir können nicht in unserer jetzigen Richtung weitergehen. Wir können nicht unser Leben als Nation in der richtigen Weise fortsetzen, aber den entsprechenden Erfolg als industrielle Gemeinschaft erringen, wenn Kapital und Arbeit antagonistisch bleiben, anstatt Partner zu sein. Dies würde uns nicht zum wirklichen Wohlstand führen. Wir müssen einen anderen Weg finden, der uns nicht nur zur Beseitigung, sondern auch zu einer wirklichen Zusammenarbeit und Gemeinschaft führt, die auf einer tatsächlichen Gemeinschaft der Interessen beruht. Der neue Geist und die neue Methode von Organisation müssen nicht so sehr durch die Beschäftigung wie durch gemeinsame Beratungen und freiwillige Zusammenarbeit der kapitalistischen Arbeiter und der Arbeiter erreicht werden. Diejenigen, die dieses neue Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wirklich antreiben, können ohne weiteres einen Weg finden, um es herbeizuführen. Viele große durch den Krieg hartnäckig liegende Industrien in vielen Teilen der Welt warten darauf, wieder in Gang gebracht zu werden, und es fehlt nicht an Geist, willigen Händen, Organisations-talent oder Geschicklichkeit und Erfahrung, sondern an Maschinen, Rohstoffe und Kapital. Ich glaube, unsere Gesellschaften, Kaufleute, Fabrikanten und Kapitalisten werden genug Beibehaltung haben, um zu sehen, daß Wohlstand in einem Teile der Welt auch zur Schaffung von Wohlstand in der übrigen Welt beiträgt, daß eine Solidarität der Interessen und Unter-nehmungen auf der ganzen Welt besteht und daß unser Handel mit Ländern, die unsere Erzeugnisse und unser Geld brauchen, diejenigen, deren Bedürf-nisse wir in richtiger Weise zu dienen trachten, Lehren wird, und mehr als je als Freunde zu betrachten.

Wunderbar genaug! Schade nur, daß diese Worte in freiem Geistesleben stehen zu dem, was dem deutschen Volke in den Friedensbedingungen zugemutet wird, für die Herr Wilson doch auch einen sehr erheblichen Teil der Verantwortung trägt.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die großen Organisationen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Deutschlands haben kürzlich gemeinsam große Kundgebungen veranstaltet, um die ungünstige Lage der Versorgungs-Berechtigten zu bessern. Es fanden Verhandlungen mit der Reichsregierung statt, die einen nennenswerten Erfolg hatten. Insbesondere gelang es, die Forderung der Regierung zu erhalten, daß ab 1. Juni d. J. sämtlichen versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Abprozentige Zuschläge zu sämtlichen Renten und laufenden Zuschlägen und Bezügen gewährt werden. Der großen Mehrzahl der nach dem 1. Juli 1918 und vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten ist nunmehr auch der Ent-laffungszuschlag gesichert. An dieser Veranstaltung war insbesondere auch der Verband deut-scher Kriegsbeschädigter und Kriegs-teilnehmer, Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW. 68, Kochstraße 9, beteiligt. Dieser Verband vertritt die Interessen der Kriegs-beschädigten und Kriegshinterbliebenen energisch und erfolgreich. Er erstreckt seine Tätigkeit über das ganze Reich, errichtet überall Ortsgruppen, und er nimmt auch Einzelmitglieder auf. Zur Ueberlassung von Verbandsdrucksachen und zur Erzielung von Auskunft ist er gern bereit.